

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 97 (2003)
Heft: 10

Artikel: Veränderungen in der Bildungspolitik oder Das Pendel schwingt zurück
Autor: Stibler, Linda
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144421>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Veränderungen in der Bildungspolitik oder Das Pendel schwingt zurück

Für die Autorin sind im Bildungssektor Veränderungen im Gange, die auch die bescheidenen Fortschritte der letzten Jahrzehnte rückgängig zu machen drohen. Die auf die Interessen der sog. Wirtschaft aus- oder abgerichtete Leistungsschule meldet sich zurück und dreht sich fast ausschliesslich um Arbeit und Beruf, Vorwärtskommen und Konkurrenz. Selbst die Universitäten sind Zulieferer der Wirtschaft geworden und entziehen sich als pseudoautonome «Unternehmen» der Mitbestimmung durch die Öffentlichkeit. Auch im vierten Bildungssektor hat Weiterbildung den Vorrang vor der Erwachsenenbildung – von der politisch relevanten Bewusstseinsbildung ganz zu schweigen. Am meisten erstaunt, dass sich kaum jemand zur Wehr setzt. Linda Stibler, freie Journalistin und Erwachsenenbildnerin, befasste sich über Jahrzehnte mit Bildungspolitik. Sie war bis 2001 im Leitungsteam der aweb (Aus- und Weiterbildung für Erwachsenenbildung) der Volkshochschule Basel. Wir danken unserer ehemaligen Kolumnistin für diesen Denkanstoß und freuen uns auf eine bildungspolitische Debatte – endlich auch – in den Neuen Wegen. Und – hoffentlich – unter Beteiligung der betroffenen «Kundinnen und Kunden», Eltern und Lehrkräfte.

Red.

Widerspiegelungen der globalisierten Wirtschaft

Was ist der Sinn des Lernens, was der Nutzen von Bildung? Darüber hatte man sich immer gestritten. Bei aller Differenz gab es auch Übereinstimmung; Pädagogen aller Schattierungen waren sich einig: Auch wenn Lernen dem Weiterkommen im Beruf dient: Bildung ist mehr! Das wussten auch Eltern, sie sagten: «Du lernst fürs Leben.» Und meinten damit, dass Bildung auch etwas mit dem *Begreifen der Welt* und mit dem *menschlichen Zusammenleben* zu tun hat. Heute scheint dieser Konsens wie wegewischt.

Wenn man heute über Bildung redet, so geht es ausschliesslich um *Arbeit und Beruf, Vorwärtskommen und Konkurrenz*. Kinder, so sagt man, lernen heute, dass sie sich morgen behaupten können. Sie müssen beweglich sein, möglichst rasch möglichst viele nützliche Dinge lernen, sich noch im Kleinkinderalter eine zweite oder vielleicht auch eine dritte Sprache aneignen. Sie müssen lesen, rechnen, schreiben lernen, sie müssen innert nützlicher Frist mit einem Computer umgehen können. Sonst werden sie keine anständige Arbeit finden, sonst laufen sie Gefahr, zu den Armen und Ausgegrenzten zu gehören.

Solche Behauptungen sind natürlich reine *Spekulation*, weil gerade heute in einer Zeit des rasenden technologischen Wandels und in der Unsicherheit globalisierter Märkte eine Voraussage überhaupt nicht möglich ist und keiner wissen kann, welche Fähigkeiten von der Wirtschaft gefragt sind – dannzumal, wenn diese Kinder erwachsen sein werden.

Aber sie schüchtern in jedem Falle die Unsicheren ein. Sie erzeugen *Angst*.

So kann es nicht erstaunen, dass die Ergebnisse der ersten europäischen *Pisa-Studie*, die das vielschichtige Problem der sinkenden Sprachkompetenz bei Jugendlichen zu Tage förderte, nicht etwa eine Bildungsdebatte ausgelöst hat, sondern sofort den Ruf nach Leistungsschule,

vermehrter Selektion und härterer Konkurrenz gestärkt hat.

Solche Forderungen sind schon eine Weile zu hören. Sie laufen synchron mit dem gesellschaftlichen Wandel. Im letzten Jahrzehnt hat sich die *liberalisierte und globalisierte Wirtschaft* endgültig von allen Sentimentalitäten frei gemacht und das Bekenntnis zur Verantwortung für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ersatzlos gestrichen.

Entsprechend hat sich auch die Gesellschaft geändert. Die Menschen glauben sich einem unerbittlich harten Überlebenskampf ausgesetzt, der ihnen nicht mehr erlaubt, die Frage nach dem *Sinn des Lebens* und dem *Wert der eigenen Existenz* zu stellen.

Die Rückkehr der alten Leistungsschule

Die bildungspolitischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte waren eher bescheiden, wenn man sie an den leidenschaftlichen Diskussionen und radikalen Ideen der frühen Siebzigerjahre misst. Aber trotzdem: Einiges hat sich in den Schulen seither verändert: *Förderung* hat einen höheren Stellenwert erhalten. *Leistungsdruck* wurde verringert. *Partnerschaftliche Ideen* wurden entwickelt, nicht nur unter Kindern – zum Beispiel mit neuen Lernformen –, sondern auch zwischen Schülern und Lehrpersonen und sogar Eltern. Es gibt *Schülermitsprache, Elternmitsprache*. Lehrerinnen und Lehrer versuchen sich endlich als *Team* zu begreifen, anstatt als Vereinzelte zu funktionieren – und manchmal zu resignieren. Das Wort Chancengleichheit hat einen neuen Klang bekommen: Kindern und Jugendlichen sollten vor allem Chancen zur *Selbstentfaltung* vermittelt und nicht nur der Aufstieg ins Gymnasium erleichtert werden. Vielerorts wurden in der Primarschule die *Noten abgeschafft*, um der Beurteilung der Kinder mit Lernberichten gerechter zu werden und sie nicht bereits in den ersten Schuljahren zu entmutigen. *Schul-*

laufbahnen wurden *durchlässiger*; auch zu einem späteren Zeitpunkt waren Übertritte in höhere Schulen und Stufen möglich.

Daneben wuchsen die *Anforderungen an die Schule* stetig. Sie hatte neue Aufgaben zu übernehmen und neue Probleme zu bewältigen, die die Gesellschaft verursachte. Sie sollte Gewaltprävention und Drogenprophylaxe betreiben, Gesundheitserziehung vermitteln, die Jugendlichen über Aids aufklären, ihnen in der sich wandelnden Gesellschaft Orientierung ermöglichen und vieles andere mehr. Die grösste Herausforderung war jedoch die wachsende Zahl *fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler*, die nach neuen Ideen von Förderung und Chancengleichheit rief und die Schule auch zum Teil überforderte. Es ist kein Zufall, dass heute das Pendel in der bildungspolitischen Debatte wieder zurück-schwingt.

Nicht nur unter der Lehrerschaft gibt es Leute, die der *alten Leistungsschule* nachtrauern, es sind die alten reaktionären Kräften, die sich schon vor Jahrzehnten gegen eine Demokratisierung der Schule gewandt haben. Dahinter verbirgt sich der Wunsch, die *Schichtung der alten Klassengesellschaft* – wenn auch unter veränderten Bedingungen – aufrecht zu erhalten, die Welt in Höhergestellte und Niedrige einzuteilen. Die Chancen nur jenen zuzugestehen, die leistungswillig, angepasst und unterwürfig sind. Man mag sich darüber streiten, ob man mit Bildungspolitik die Gesellschaft verbessern kann. Unbestreitbar ist jedoch, dass die Schulen den Zustand der Gesellschaft widerspiegeln.

Universitäten als Zulieferer der Wirtschaft

Aber nicht nur die Schulen sind betroffen, sondern das *gesamte Bildungssystem*. Noch lange vermochten die Universitäten ihren Eliteanspruch mit der geistigen *Unabhängigkeit von Lehre und Forschung* zu untermauern – wenigstens

teilweise. Nach und nach bröckelt auch hier das stolze Credo der bürgerlichen Gesellschaft. Die Universitäten werden mehr und mehr zu Zulieferern, sie liefern die *Kader und Spezialisten* für die Wirtschaft. Die eigentliche Forschung dient immer stärker den wirtschaftlichen Interessen und gerät je länger desto mehr unter den Einfluss von jenen Konzernen, die ihre Geschäfte mit angewandter Forschung machen. Es klingt wie Hohn, dass dieser Prozess unter dem Titel von *Autonomie und Selbstverantwortung* läuft.

Die Finanzmittel der öffentlichen Hand wurden unter dem Begriff von *Global-budgets* gesichert, die Mitsprache der Öffentlichkeit oder ihrer Vertreter jedoch auf ein Minimum reduziert. Indem man die Universitäten auch zu *Unternehmen* erklärt, die in sogenannter Eigenverantwortlichkeit zusätzliche Geldmittel aufzutreiben sollen, werden sie dem Einfluss von mächtigen wirtschaftlichen Interessen ausgeliefert. Die neue universitäre Autonomie brachte den Studierenden nicht die erhoffte Mitsprache, und auch der universitäre Mittelbau, bis hin zu den Professoren, hat kaum mehr zu sagen als vordem.

Das *Bologna-Modell* fügt sich nahtlos in diesen Wandel. Unter dem falschen Versprechen der Europäisierung wird die universitäre Bildung einzig den «Abnehmern» in der *Wirtschaft* dienstbar gemacht. Mit weltweit vergleichbaren Studienabschlüssen soll der Rohstoff oder die *Ware Bildung* so genormt werden, dass sie mit geringem Risiko eingekauft werden kann. Man erwartet von den so Gebildeten, dass sie mobil sind und ihre Bildung weltweit anbieten, das heisst dass sie jederzeit bereit sind, ihren Arbeitsplatz irgendwo anzutreten. Damit soll Europa konkurrenzfähig werden – was immer man darunter verstehen soll! Was aber die Universitäten den Gesellschaften zu bieten haben, die sie finanziell tragen, bleibt im Dunst von leeren Versprechen. So wird beispielsweise die Hebung des demokratischen Bewusst-

seins beschworen, ohne dass konkretisiert wird, wie man dieses Bewusstsein vermitteln kann und will.

Weiterbildung statt Erwachsenenbildung

In den letzten Jahrzehnten ist im europäischen Bildungssystem ein weiterer Zweig erstarkt, den man heute den *vierten Bildungssektor* nennt. Zu dieser Entwicklung haben einerseits die alten freiwilligen Volksbildungsinstitutionen (z.B. Volkshochschulen) und anderseits die neuen Formen der Berufsbildung beigebracht. Es liegt daher auf der Hand, dass der Bildungsbegriff im vierten Sektor umfassend ist und sowohl berufliche wie auch persönlichkeitsbildende Aspekte aufweist. Trotzdem ist auch hier eine entgegengesetzte Entwicklung zu beobachten. Die berufliche Bildung ist ins Zentrum gerückt (worden). Die Bezeichnung Erwachsenenbildung wurde vom Begriff der Weiterbildung abgelöst. Das hat durchaus programmatischen Charakter: Bildung wird nur noch nach dem Nützlichkeitsaspekt bewertet.

Seit Anfang der Neunzigerjahre – also seitdem die schillernden Krisen auf dem Arbeitsmarkt begannen – hörte man immer wieder dieselbe Platte: Schlechte Ausbildung und mangelnde Qualifikation würden zu Arbeitslosigkeit führen. Für gut ausgebildete Leute, die den Anforderungen der neuen Technologien gewachsen seien, werde es immer genug Stellen geben. Das Problem der *Arbeitslosigkeit* wurde vor allem als «*Bildungskrise*» dargestellt. Und beinahe alle politischen Parteien übernahmen diese Argumentation, die schliesslich im staatlichen Handeln ihren Niederschlag fand. Arbeitslosigkeit sollte mit Weiterbildung bekämpft und – noch besser – prophylaktisch vermieden werden. Arbeitslose und im Beruf Stehende hatten sich danach zu richten. Damit wurde die Diskussion um die *tatsächlichen Hintergründe* der eingebrochenen Arbeitsmärkte vermieden.

Nun könnte man ja mit Fug und Recht sagen, was immer die Gründe oder Hintergründe von wirtschaftlichen Krisen sind, so ist Bildung als Gegenmassnahme keine falsche Massnahme. Es kommt allerdings darauf an, was unter Bildung zu verstehen ist! Bildung, die diesen Namen verdient, orientiert sich nicht ausschliesslich an sofortiger wirtschaftlicher Verwertbarkeit. Auch berufliche Weiterbildung muss vor allem den Auszubildenden dienen, das heisst ihre beruflichen Kenntnisse verbessern, ihre fachlichen Interessen befriedigen, ihnen mehr Selbstsicherheit in der Arbeitswelt vermitteln, ihre sozialen und kommunikativen Fähigkeiten verbessern – eine unabdingbare Qualifikation für die oft beschworene Teamfähigkeit (und notabene auch Demokratiefähigkeit). Es versteht sich von selbst, dass eine solche Weiterbildung vielschichtig ist und auch *allgemeinbildende und persönlichkeitsbildende Komponenten* enthalten muss. Glücklicherweise werden immer noch viele Weiterbildungsveranstaltungen diesem Anspruch gerecht.

Doch unter dem *Angstdruck* einerseits vor wirtschaftlichem Misserfolg und anderseits vor Arbeitslosigkeit hat sich das Bild verändert: *Betriebe* zielen vermehrt darauf ab, mit Weiterbildungsmassnahmen *kurzfristigen Eigeninteressen* zu dienen. Bei jenen, die eine Weiterbildung besuchen, steht vor allem die Frage im Vordergrund, welche Bildungsanstrengungen die derzeitige berufliche Stellung sichern oder verbessern können. Auch für die *staatlichen Förderungsmassnahmen* steht in erster Linie die direkte Verwertbarkeit im Vordergrund. In den sogenannten *Bildungsoffensiven*, wie sie hierzulande (und auch anderswo) lanciert wurden, soll vor allem die Umschulung auf neue Technologien und Berufe vorangetrieben werden. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie unterstützt ausschliesslich Berufsbildung im engeren Sinne. Für Bildung im umfassenderen Sinne fehlt das Geld.

Somit haben Politik und Behörden dem Drängen der Wirtschaft nachgegeben und einen grossen Teil der Umschulungskosten für die von ihr eingesetzten neuen Technologien und den strukturellen Wandel, der ganze Berufszweige zum Verschwinden brachte, auf die öffentliche Hand abgeschoben.

Im Gegenzug setzen Arbeitgeber auf *Eigenleistungen und Vorausleistungen* ihrer Belegschaften und der künftigen Arbeitnehmer. Immer mehr *Papiere* werden verlangt, die Leute vorzuweisen haben, wenn sie sich um eine Stelle bewerben. Zertifikate und Ausweise, die die meisten als Erwachsene und auf eige-



ne Kosten erworben haben. Je nach Branche hatten einige das Glück, dass diese Ausbildung subventioniert wurde und sie mit relativ niedrigen Kosten davon kamen. Nachholbildung – z.B. im Computerbereich – müssen aber die meisten Leute selber und oft teuer bezappen.

Und in vielen oder gar den meisten Fällen setzen die erwachsenen und im Berufe stehenden Leute ihre *private Zeit* ein. Das ist gesellschaftlich keineswegs bedeutungslos, weil diese Zeit auf anderen Gebieten fehlt. Sie fehlt vor allem den jungen Leuten. Familiengründungen

Bildung als Daseins-Kompetenz: Fachschule für Hauswirtschaft und Lebensgestaltung der Stadt Zürich (Bild: François Baer).

werden oft aus beruflichen und Karrieregründen hinausgeschoben. Die Zeit fehlt aber auch den Familien. Seitdem die Frauen vermehrt ins Erwerbsleben traten, wird die *Familienzeit* ohnehin knapp. Die Berufswelt nimmt noch immer zu wenig Rücksicht auf Familienmitglieder mit Versorgungspflichten, z.B. mit einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung zugunsten der Doppelbelasteten.

Ganz zu schweigen von den *persönlichen Bildungsbedürfnissen*, die beinahe alle Menschen haben, weil Lernen aus reiner Freude dem Leben auch Sinn vermitteln kann. Wer aber aus existenziellen Gründen dazu gezwungen wird, sich beruflich immer neu zu orientieren, dem fehlt wiederum die Zeit, sich auf einem allgemeinbildenden Niveau stärker zu entfalten. Es ist die *Freiwilligkeit*, die der Bildung ihren hohen Wert gibt. Und diese Freiwilligkeit müsste jeder Bildungsanstrengung zugrunde liegen, ob sie jetzt im beruflichen oder privaten Umfeld stattfindet.

Wer sich nicht bewegt, ist selber schuld (an den globalen Umwälzungen)

Ein weiteres Merkmal des Lernens im Erwachsenenalter ist die Tatsache, dass Erwachsene laufend ihre eigenen *Lebenserfahrungen* mit dem Bildungsinhalt verknüpfen, was automatisch zum Anspruch von grösserer Selbstbestimmung führt. Mit den modularisierten Ausbildungen wird dem vermehrt Rechnung getragen, was zweifellos ein Fortschritt ist. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass ein grosser Teil der Weiterbildung mehr und mehr *verschult*, das heisst mit *Prüfungen und Selektion* belastet wird. Das erhöht die Hemmschwelle für ohnehin Bildungungewohnte. Es soll nicht unterschätzt werden, dass selbst bildungsgewohnte Leute als Erwachsene eine oft übertriebene Angst vor Prüfung, Konkurrenz und Selektion haben. Trotzdem zeigen alle Untersuchungen und Statistiken, dass Leute, die bereits eine relativ

gute Schul- und berufliche Ausbildung hinter sich haben, sich vermehrt weiterbilden, die andern aber davor zurückschrecken. Manchmal fehlt es an finanziellen Möglichkeiten. Zudem sind Menschen, die *körperlich arbeiten*, abends nicht mehr konzentrationsfähig und deshalb oft für Bildung nicht motivierbar. Sie wären auf etwas Bildungszeit tagsüber und während der Arbeitszeit angewiesen. Das wird ihnen selten angeboten, weil ihre Weiterbildung keinen rasch sichtbaren Nutzen bringt und daher nicht zwingend erscheint.

In der heutigen Gesellschaft gilt die Maxime: Wer sich weiterbildet, hat mehr Chancen. Wer sich nicht bewegt, ist eben selber schuld, wenn er oder sie in die Arbeitslosigkeit gerät oder unter prekären finanziellen Bedingungen arbeiten muss. So werden – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – die Einzelnen für die massiven Umwälzungen der globalisierten Wirtschaft verantwortlich gemacht. Unnötig zu sagen, dass damit auch Konkurrenz und Ausgrenzung verbunden ist. *Mobbingverhalten* entsteht nicht im luftleeren Raum. Und die zunehmenden *depressiven Störungen* von Menschen ebenso wenig.

Unter diesen Umständen ist es kaum mehr erlaubt, so banale Dinge zu äussern wie etwa die Tatsache, dass es gar nicht möglich ist, einer ständig steigenden Anzahl (beruflich) hoch ausgebildeter Leute eine *adäquate Stelle* zu bieten. Ganz abgesehen davon, dass auch die Informationsgesellschaft auf einen gewichtigen Anteil von Leuten angewiesen ist, die einfache Arbeit verrichten und diese gut und verantwortungsbewusst ausführen. Da müsste vielleicht einmal – in einem ganz bescheidenen Masse – die Frage gestellt werden dürfen, ob es an geht, dass Leute, die arbeiten, ihre Existenz nicht mehr bestreiten können. Aber das hat mit Bildung nichts zu tun. Oder doch? •